

VOLKSBLATT | SPLITTER

Entführung im Jemen

BERLIN/SANAA – Der frühere Staatssekretär im deutschen Ausenministerium, Jürgen Chrobog, ist laut Medien mit seiner Frau und seinen drei Kindern im Jemen entführt worden. Der 65-Jährige werde mit seiner Familie dort vermisst, erklärte Berlin gestern Mittwoch lediglich. Chrobog war unter der rot-grünen Regierung im Auswärtigen Amt tätig. Der hochrangige Diplomat hatte im August 2003 die Freilassung von 14 deutschen Sahara-Touristen in Mali erwirkt. Unter den insgesamt 32 Gekidnappten waren auch 4 Schweizer. Das Auswärtige Amt richtete am Mittwoch einen Krisenstab ein. (sda)

Gary Glitter zahlt an mögliche Missbrauchsoffer

HANOI – Der frühere britische Popstar Gary Glitter hat 4000 Dollar Entschädigung an die Familien vietnamesischer Mädchen gezahlt, die er sexuell missbraucht haben soll. Glitters Anwalt Le Thanh Kinh sagte gestern Mittwoch in Hanoi, Glitter habe den Familien einer Elfjährigen und einer Zwölfjährigen je 2000 Dollar gezahlt. Die Familien hatten sich zuvor bereit erklärt, sich in Briefen an das zuständige Gericht dafür einzusetzen, den Fall einzustellen. Der 61-Jährige erhalte nach der Zahlung der Summe möglicherweise eine geringere Strafe, sagte der Anwalt. Sexuelle Handlungen mit Minderjährigen können nach vietnamesischem Recht mit bis zu zwölf Jahren Haft bestraft werden. (AP)



Uma Thurman mag keine brutalen Filme

HAMBURG – Trotz ihrer Mitwirkung in Tarantino-Filmen wie «Kill Bill» ist Uma Thurman kein Fan von harter Action. «Ich kann mir brutale Filme nicht ansehen. Sie beeinflussen meine Stimmung einfach zu stark», sagte die 35-Jährige der Zeitschrift «TV-Movie». Sie sei froh, dass in ihren neuen Filmen endlich mal kein Blut spritze. In «Couchgeflüster» mimt sie eine neurotische Frau mit Hang zu jungen Männern. Im Musical «The Producers» singt und tanzt sie als schwedische Sekretärin. (AP)

Versäumnisse und Fehler

Geiseldrama von Beslan – Tragödie hätte laut Bericht verhindert werden können

MOSKAU – Das Geiseldrama von Beslan hätte nach Einschätzung eines Untersuchungsausschusses des russischen Parlaments verhindert werden können. Dies geht aus dem Bericht hervor, der gestern Mittwoch in Moskau veröffentlicht wurde.

Wenn die Sicherheitskräfte den Anweisungen zur Verschärfung der Sicherheitsvorkehrungen gefolgt wären, hätte der Terrorakt verhindert werden können, sagte der Ausschussvorsitzende Alexander Torschin in Moskau. Die Polizei habe Hinweise nicht beachtet, die auf einen bevorstehenden Terrorakt hingewiesen hätten.

Die regionalen Polizeikräfte hätten vor dem ersten Schultag klare Anweisungen gehabt, die Sicherheitsvorkehrungen an und um Schulen zu verstärken. «Diesen Anweisungen wurde aber nicht nachgekommen», sagte Torschin.

Fehleinschätzungen

Laut Torschin war die Operation zur Befreiung der Geiseln auch von Unzulänglichkeiten und Fehleinschätzungen geprägt. Er beharrte aber darauf, dass die Rebellen für das Ausmass des Dramas verantwortlich seien. Zudem sei Korruption unter den Sicherheitskräften nicht das entscheidende Problem gewesen.



Bilder, die um die Welt gingen: Hunderte Kinder mussten beim Geiseldrama von Beslan ihr Leben lassen.

Oppositions-freundliche Journalisten hatten die Kommission als Versuch kritisiert, die Korruption unter Sicherheitskräften zu vertuschen. Russlands Präsident Wladimir Putin hatte die Einsetzung der parlamentarischen Untersuchungskommission nach einem Treffen mit Müttern der ge-

töteten Kinder im September angeordnet.

Über 300 Tote

Bei dem Geiseldrama in der russischen Kaukasus-Republik Nord-Ossetien waren Anfang September 2004 331 Kinder, Eltern und Lehrers ums Leben gekommen. Tsche-

schenische Rebellen drangen am ersten Schultag in die Schule ein und hielten 1100 Menschen drei Tage lang in ihrer Gewalt. Das Geiseldrama ging erst mit einem massiven Einsatz von Armee und Eliteeinheiten zu Ende. Unter den Toten waren 186 Kinder. Hunderte Geiseln wurden verletzt. (sda)

Gas-Streit schwelt weiter

Noch keine Einigung zwischen der Ukraine und Russland im Gas-Streit

KIEW/MOSKAU – Die Ukraine hat Russland in dem seit Tagen hoch kochenden Gas-Streit mit dem Einschalten eines internationalen Gerichts gedroht. Die Ukraine unterbreitete dem russischen Gasmonopolisten Gazprom einen Kompromissvorschlag.

Sollte dieser Vorschlag abgelehnt werden, sehe sich die Ukraine berechtigt, das internationale Schiedsgericht für Wirtschaftsstreitigkeiten in Stockholm einzuschalten, sagte der ukrainische Ministerpräsident Juri Jechanurow am Mittwoch in Kiew. Die von Gazprom angekündigte Verfünfachung der Preise ab Januar lehnte Jechanurow erneut ab. «Die Vorschläge der Ukraine, um die Situation auf zivi-



Auch am gestrigen Tag verschafften Demonstranten ihrem Unmut gegenüber der russischen Haltung mit Protesten Luft.

lisierte Art zu lösen, liegen auf dem Tisch», sagte er.

Verfünfachung der Preise

Gazprom will die Preise ab Januar verfünfachen. Das Unternehmen begründet die Preiserhöhung von derzeit knapp 50 Dollar auf dann 230 Dollar für 1000 Kubikmeter Gas mit der Abschaffung von Sonderkonditionen und dem Übergang zu international üblichen Handelsbedingungen.

Energieminister Iwan Plaskchow verhandelte in Moskau mit seinem russischen Kollegen Viktor Christenko über die drohende Abschaltung der Gaslieferungen zum neuen Jahr. Die Gespräche wurden am gestrigen Abend ergebnislos vertagt. (sda)

Streit beigelegt

Tarifstreit in New York beendet

NEW YORK – Fünf Tage nach dem Ende des U-Bahn-Streiks in New York haben sich die Tarifparteien auf einen neuen Vertrag geeinigt.

Der am Dienstagabend vom Präsidenten der Transportarbeitergewerkschaft, Roger Toussaint, verkündete Abschluss sieht Lohnerhöhungen in Höhe von 10,9 Prozent über drei Jahre vor. Allerdings müssen die Beschäftigten künftig einen Beitrag in Höhe von 1,5 Prozent ihres Lohns zu ihrer Krankenversicherung leisten.

Die Verkehrsbehörde (MTA) verzichtete darauf, das Renteneintrittsalter von 55 Jahren für neue Beschäftigte anzuheben oder von

diesen höhere Zuzahlungen in die Rentenversicherung zu fordern. Bürgermeister Michael Bloomberg lobte beide Seiten für die Beilegung des Tarifkonflikts und dankte den New Yorkern «für ihre Geduld und Kooperation während drei sehr schwieriger Tage».

Busse und Bahnen in New York standen von Dienstag bis Freitag still, Millionen Pendler waren betroffen. Der Stadt entstanden nach Angaben von Bürgermeister Bloomberg Einnahmeverluste in Höhe von einer Milliarde Dollar. MTA und die Gewerkschaft, die 33 700 Mitglieder vertritt, einigten sich nach dem Abbruch des Streiks auf die Wiederaufnahme der Verhandlungen. (AP)

++++ Zu guter Letzt... +++++

Erfolgreicher Start von Testsatellit

MOSKAU – Die europäische Raumfahrt hat mit dem erfolgreichen Start des ersten Testsatelliten den Aufbau ihres Navigationssystems Galileo begonnen. Eine russische Sojus-Trägerrakete transportierte «Giove-A» ins All. Der Testsatellit wurde am gestrigen Morgen vom Weltraumbahnhof Baikonur in Kasachstan in eine Umlaufbahn in 23 000 Kilometern Höhe geschossen. Am Nachmittag absolvierte er erfolgreich eine Funktionsprüfung.

«Wir haben erste Signale erhalten», sagte Alain Fournier-Sicre von der europäischen Raumfahrt-

agentur ESA. Projektleiter Javier Benedicto erklärte in Baikonur sieben Stunden nach dem Start, die Mission sei besser verlaufen als erwartet. (sda)



ANZEIGE

VOLKSBLATT

Weitere Infos
www.vb.ch

Profitieren Sie als
-Abonnent
von Vorzugspreisen